

Konferenz der Hilfsorganisationen

Großer Bedarf in unserer Stadt

v.l. Die Referentinnen
Prof. Silke van Dyk,
Linda Heitmann und
Dr. Imke Kaschke,
eingerahmt von den Gastgebern
Dr. Karsten Heegewaldt (l.)
und Prof. Dr. Christoph Benz.



BZÄK | Tobias Koch



Dr. Silke Riemer,
im Vorstand der Zahnärztekammer Referentin für
Prävention und Gesellschaftliches Engagement
mit Dr. Peter Nachtweh
(Mitte) und Jens Fütting
vom Berliner Hilfswerk
Zahnmedizin

Am 16. September fand im Haus der Diakonie Deutschland die dritte Konferenz der in Deutschland tätigen Hilfsorganisationen statt. Auf Einladung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und unter Leitung von Dr. Karsten Heegewaldt, BZÄK-Vorstandsreferent für Soziale Aufgaben und Präsident der Zahnärztekammer Berlin, tauschten sich die teilnehmenden Hilfsorganisationen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Politik über die Rolle des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft aus.

Staat entziehe sich zunehmend seiner sozialstaatlichen Verantwortung

In Ihrem Impulsvortrag „Umsonst und freiwillig? Zivilgesellschaftliches Engagement im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaates“ beleuchtete Prof. Sylke van Dyk, Professorin für Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Probleme und strukturelle Veränderungen des Ehrenamtes.

Zwar gebe es die „Sakralisierung der Engagierten als Alltagshelden und Engel“ und damit eine hohe moralische Anerkennung des Ehrenamtes. Gleichzeitig aber komme es zur „Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage und Institutionalisierung des Ehrenamtes“, so van Dyk. In vielen Bereichen, wie der häuslichen Pflege, verlasse sich der Staat zunehmend auf die ehrenamt-

lichen Potenziale und entziehe sich damit seiner sozialstaatlichen Verantwortung, soziale Rechte würden aufgeweicht.

Am Beispiel der uns allen bekannten „Tafel“-Projekte verdeutlichte sie, dass das ehrenamtliche Engagement die zunehmenden Bedürftigkeiten gerade in Zeiten hoher Inflation und steigender Kosten nicht mehr auffangen könne und es struktureller Lösungen bedürfe. Zwar gebe es auch eine zunehmende Monetarisierung des Ehrenamtes. Die überwiegend niedrige Entlohnung dieser Tätigkeiten führe aber u.a. gleichzeitig zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Der kostensparende Einsatz semiquifizierter und semiprofessioneller Freiwilliger und Laien führe des Weiteren zur De-Professionalisierung in Bereichen wie der Pflege.

Anspruch auf gesundheitliche Versorgung

Die mangelnde Verbindlichkeit des freiwilligen Engagements stelle eine ebenfalls große Herausforderung dar. „Viele Ehrenamtliche beenden ihre Tätigkeit, wenn es schwierig wird“, so Dr. Maike Grub vom Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege der Diakonie Deutschland. Aus der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit und Illegalität gebe es aktuell aber vorsichtigen Anlass zur Hoffnung, berichtete Grub.



Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die im Aufenthaltsgesetz festgeschriebenen Übermittlungspflichten in dieser Legislatur überarbeitet werden sollen, um Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus zu ermöglichen, dass sie gesundheitliche Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne eine Abschiebung fürchten zu müssen.

Die Zahnärzteschaft, so Prof. Dr. Christoph Benz, BZÄK-Präsident, leiste einen großen und professionellen Beitrag im Rahmen der ehrenamtlichen Versorgung bedürftiger Menschen.



Basisversorgung für alle ermöglichen

Dr. Monika Zahn, zahnärztliche Leiterin der Obdachlosenpraxis des Humanistischen Verbands Deutschland in der Weitlingstraße in Berlin-Lichtenberg, forderte die Politik vor dem Hintergrund deutlich steigender Zahlen nicht-krankenversicherter Menschen dazu auf, diese wieder in die sozialen Sicherungssysteme zu bringen.

„Die Politik muss eine Basisversorgung für alle ermöglichen“, verlangte auch Dr. Martin Schubert, Vorsitzender des Hilfswerks Zahnmedizin Bayern. Der zunehmende bürokratische Verwaltungsaufwand in den Praxen mache es den Kolleginnen und Kollegen immer schwerer, sich neben der Praxistätigkeit ehrenamtlich zu engagieren.

Lösungen für Obdachlose und Geflüchtete

Linda Heitmann (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages, unterstützte diese Forderungen und betonte, dass jeder Mensch in Deutschland eine Krankenversicherung erhalten müsse. Sie setzte sich für gezielte Lösungen für die unterschiedlichen Gruppen ein. Neben der Integration der Nicht-Versicherten in die sozialen Sicherungssysteme richte sie ihr Augenmerk z. B. auch auf mobile Lösungen für Obdachlose und die Sprachmittlung im Gesundheitswesen für Geflüchtete.

Viele Special-Olympics-Teilnehmenden haben keinen Hauszahnarzt

Dr. Imke Kaschke, Direktorin Gesundheit von Special Olympics (SO) Deutschland e.V. und Isabell Harbrecht, Managerin Healthy Athletes Programm, referierten abschließend über die Nationalen Spiele 2022 und die World Games 2023 von Special Olympics.

Im Bereich der zahnmedizinischen Betreuung und Versorgung von Menschen mit Behinderungen bleibe festzustellen, dass es trotz guter Entwicklungen z. B. durch das Projekt „Gesunder Mund“ in Berlin, noch immer einen großen Versorgungsbedarf gebe.

Aktuelle Untersuchungen im Rahmen der SO Nationalen Spiele in Berlin zeigen, dass 15 Prozent der Teilnehmenden keinen Hauszahnarzt haben und 6 Prozent der Untersuchten Schmerzen im Mund angaben.

„Sport als verbindende Kraft einer inklusiven Gesellschaft und der gleichberechtigte Zugang zur Gesundheitsversorgung, das sind unsere Visionen für die SO World Games 2023“, so Isabell Harbrecht – siehe auch Seite 13.

Jens Fütting

Vorsitzender Berliner Hilfswerk Zahnmedizin



Bitte beachten Sie die Gesuche der vom BHZ e.V. unterstützen Einrichtungen.